

## Anton Hofreiter fordert schärfere Maßnahmen gegen Extremismus im Netz

Anton Hofreiter (Grüne) erwägt Sperrung von X nach Anschlägen; Kampf gegen Extremismus und Online-Radikalisierung im Fokus.



BERLIN. Nach den jüngsten tragischen Ereignissen in Solingen und der Schießerei in München bewegt sich die deutsche Politik angesichts wachsender Besorgnis über Extremismus in eine neue Richtung. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter hat angesichts dieser Vorfälle verstärkte Maßnahmen im Kampf gegen Radikalisierung gefordert. „Ein erhebliches Problem beim Extremismus ist die Online-Radikalisierung“, erklärte Hofreiter der Funke Mediengruppe. Der Grünen-Politiker brachte auch die Möglichkeit ins Spiel, den Kurznachrichtendienst X zu sperren, um der Verbreitung extremistischer Inhalte Einhalt zu gebieten.

„Wir müssen entschiedener gegen menschen- und

verfassungsfeindliche Inhalte im Internet vorgehen“, betonte Hofreiter, Vorsitzender des Europaausschusses im Bundestag. Er forderte, dass Verstöße gegen geltendes Recht konsequent geahndet werden müssten. Dies könnte im Extremfall auch bedeuten, soziale Netzwerke wie X, das dem US-Unternehmer Elon Musk gehört, zu sperren. „Wenn es darauf ankommt, müssen diese Plattformen gesperrt werden“, so Hofreiter.

## **Innovative Maßnahmen im Kampf gegen Extremismus**

Um den zunehmenden Risiken durch extremistische Inhalte im Internet zu begegnen, schlägt Hofreiter den Einsatz von „virtuellen Agenten“ vor. Diese solle der Staat einsetzen, um Gruppen auf Plattformen wie Telegram zu durchleuchten und potenzielle Straftäter zu identifizieren. Telegram steht bereits in der Kritik, nicht ausreichend gegen „Hassrede“ vorzugehen und mangelnde Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden zu zeigen, insbesondere im Kampf gegen Drogenhandel, Betrug und Kindesmissbrauch.

Die Kritik an sozialen Netzwerken wie X und Telegram nimmt zu, da sie angeblich nicht genug unternehmen, um Hassreden zu verhindern. Während Telegram aufgrund seiner verschlüsselten Nachrichten und der fehlenden Zusammenarbeit mit Behörden ins Visier geraten ist, steht X unter besonderer Beobachtung wegen der Ausbreitung von „Hassbotschaften und Falschinformationen“.

## **Ein Streit zwischen X und der EU-Kommission**

Der Konflikt um die Verbreitung von Hassreden und Falschnachrichten im Internet hat auch auf europäischer Ebene Wellen geschlagen. Zwischen dem Kurznachrichtendienst X und der EU-Kommission tobt derzeit ein erbitterter Streit. Brüssel plant, gegen Elon Musk hohe Bußgelder zu verhängen, sollte die

Plattform Inhalte nicht stärker regulieren. Musk selbst bezeichnet sich als Verfechter der absoluten Meinungsfreiheit, was ihn in direkten Konflikt mit den Bestrebungen der EU bringt, das Internet zu einem sichereren Ort zu machen.

Die Debatte um die Sperrung von X könnte weitreichende Konsequenzen haben, nicht nur für die Nutzer, sondern auch für die Rolle der sozialen Medien in der modernen Kommunikation. Während Befürworter einer Sperrung argumentieren, dass dies ein notwendiger Schritt zur Eindämmung von Extremismus sei, sehen Kritiker darin eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die kommenden Monate werden zeigen, wohin sich diese Diskussion entwickelt und welche Maßnahmen letztlich ergriffen werden, um die Balance zwischen freier Meinungsäußerung und der Bekämpfung von Online-Radikalisierung zu finden.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**